1. Januar 1932 einfach die lächerlich niedrige Summe von 3000 Mark an Zinsen für ein Darlehen nicht bezahlt.

Dafür durfte die Stadt dann 1620000 M opfern

Die SPD hat diese Vorlage — Herr Bührer war noch Mitglied der SPD — restlos geschluckt und Bührer gegen den Angriff der KPD gedeckt. Ohne daß die Stadtverordneten das Material hatten durchsehen können, schlug damals Finsterbusch (SPD) vor, diese Vorlage des Rates sofort anzunehmen und bezeichnete den Ausdruck Schlamperei, den der kommunistische Redner zur Kennzeichnung dieser Finanzpolitik gebraucht hatte, als nicht begründet.

Herr Dölitzsch als Vorsteher schützt seinen damaligen Genossen Bührer mit einem Ordnungsruf!

Aber auch nach dem Austritt hat die SPD noch geschwiegen. Warum? Nun, sie nahm an, Herr Bührer bleibt bei der „Eisernen Front". In diesem Falle hätte diese korrupte Bande genau so geschwiegen, wie sie die ganzen Jahre hindurch geschwiegen hat. In dem Artikel „Klatsch um Bührer" wurde Bührer selbst nach dem Austritt noch in Schutz genommen. Erst nachdem Bührer seinen offiziellen Uebertritt zu den Nazis vollzogen hatte, da besann sich die SPD auf die jahrelang von ihr gedeckte Sauwirtschaft in den Dresdner Finanzen. Schon kommen auch ihre Freunde, die bürgerlichen Fraktionen, die immer mit bei der Partie waren und diesen Sauladen mit gedeckt haben und wollen nicht die allein Schuldigen sein. Keiner will die Verantwortung vor den Wählern übernehmen.

Die kommunistische Fraktion wird mit aller Energie dafür sorgen, daß die Schuldigen von den Werktätigen zur Verantwortung gezogen werden. Wir werden morgen und die folgenden Tage die Schuldigen in aller Oeffentlichkeit zeigen und den Nachweis führen, daß ohne den Schutz Bührers durch Bürgerliche und SPD diese Finanzschlamperei in Dresden unmöglich gewesen wäre.

Die geheime Sitzung lehnte den Antrag der KPD ab und nahm einen Antrag der Hindenburgfront an, in dem die Entfernung Bührers als Finanzdezernent beschlossen wurde. Der Antrag ist an anderer Stelle abgedruckt.

Jetzt gilt es mit aller Kraft die Wahrheit unter die Werktätigen zu bringen. Kampf dem kapitalistischen System, das in seinem Korruptionssumpf die Existenz der Werktätigen mit Vernichtung bedroht.

Raubüberfall in Dresden

In der Rieisaer Straße wurde am 21. März kurz nach 9 Uhr auf eine Angestellte des Görlitzer Waaren-Einkaufs-Vereins ein Raubüberfall ausgeführt. Die Täter erbeuteten 1500 Mark. Einer der Täter entriß der Angestellten die Aktentasche und sprang in einen bereitstehenden Kraftwagen, der sofort mit großer Geschwindigkeit in der Richtung nach der Reisefelder Straße davonfuhr. Die Kriminalpolizei hat die Erörterungen aufgenommen.

Der rote Vormarsch

Die Ortsgruppe Wendischfähre der Roten Hilfe meldet:

Während der ersten Präsidentschaftswahlkampagne wurden von uns gewonnen: 25 Volksbeobachter, 20 neue RH-Mitglieder. Literaturumsatz: 20 Stück Wahlzeitungen, 10 Stück Wahlsonderausgaben zu 20 Pf., 5 Thälmann-Karten, 5 Rote Wähler, 27 Wahlbroschüren, 45 Stück RH-Lose. Wahlpulver gesammelt: 5,50 Mark. Die Werbung geht weiter.

Welcher Stadtteil in Dresden will sich von den kleinen Landortsgruppen der überparteilichen Organisationen beschämen lassen? Jetzt erst recht gilt es, alle Kräfte einzusetzen, um die Werbung für Partei und Arbeiterstimme zu steigern! Das ist die beste Antwort auf die Friedhofsruhe, die die Kapitalisten den Arbeitern durch den „Burgfrieden" zu Ostern diktierten.

Ein SPD-Geduldsspiel

Wer sich hieran beteiligen will, wer sehen lernen will, wie mit der Geduld des Proletariats gespielt wird — der muß den neuen „Roten Pfeffer" lesen, der im großen Format erschienen ist. Er kostet weiter nur 30 Pfennig und ist bei jedem AIZ-Kolporteur zu haben.

Was heißt Chlorieren?

Ueber Chlorieren, Selbstansetzen des Entwicklers, die chemischen Vorgänge beim Fotografieren, gibt die erschöpfend die neue Nummer des „Arbeiter-Fotografen" Auskunft. Du kannst die Zeitschrift durch jeden AIZ-Kolporteur für 30 Pfennig beziehen.

ATBD-Mitglieder und Agitproptruppen!

Bundestag und Sachsenkonferenz sind *auf Pfingsten verschoben*. Sämtliche Anweisungen des letzten „Sachsensprachrohr" behalten ihre Gültigkeit und müssen ausgeführt werden.

Zur internationalen Kampagne gegen Kinderausbeutung

Schulentlassung — und dann?

In diesen Tagen verlassen 750 000 Kinder die Volksschulen. Wie viele von ihnen werden Arbeit bekommen? Zehntausende werden vom ersten Tage an arbeitslos sein. Ohne Aussicht für die Zukunft, hoffnungslos verlassen sie die Schule.

Ein weiteres Schuljahr und Werkstättenunterricht, wie es zum Beispiel von der SPD vorgeschlagen wird, bedeutet in der Praxis Arbeitsdienstpflicht, die vorläufig nur in verschleierter Form durchgeführt werden soll, um so ihre allgemeine zwangsweise Einführung im Interesse der Faschisierung und Militarisierung vorzubereiten.

Aus Hamburg kommt die alarmierende Nachricht, daß das 9. Schuljahr eingeführt werden soll. Der SPD-Schulsenator Krause begründet diesen Vorschlag damit, daß zu Ostern 1932 von

5880 Kindern, die die Schule verlassen, 3480 keine Arbeit bekommen werden.

Diese Tatsache zeigt ganz klar den Bankrott des kapitalistischen Systems. Das 9. Schuljahr soll selbstverständlich den Zweck haben, große Massen der Arbeiterkinder durch gesteigerte faschistische Arbeitsdienstpflicht auf den Krieg vorzubereiten. Auf der anderen Seite sollen die Arbeitereltern, denen es sowieso dreckig genug geht, noch ein Jahr länger für ihre Kinder aufkommen.

In engster Verbindung damit steht die Konferenz der Kultusminister, auf der die Vertreter aller deutschen Länder von SPD-Grimme bis Nazi-Klagges mit Groener einverstanden waren, mit den Maßnahmen zur „Entpolitisierung der Schulen", d. h. Verbot der Arbeit der Jungkommunisten in den Betriebsräten der Jungpioniere in den Volksschulen und des Sozialistischen Schülerbundes in den höheren Schulen. Nach dieser Konferenz, die die Richtlinien zur weiteren Faschisierung des Schulwesens festlegte, schickte dann Groener seinen Brief an alle Parteien, in dem er vorschlug, die „parteipolitische Betätigung" nicht mündiger rechtigter Jugendlicher überhaupt zu verbieten.

Die Sozialdemokratie ist einverstanden mit Groener. Sie weiß ja, daß der Schlag sich nur richten wird gegen die revolutionäre Jungarbeiterschaft und ihre Führung, den KJVD.

Und gerade jetzt zu Ostern, wo Tausende von Arbeiterkindern keine Arbeit, keine Lehrstelle finden werden, versucht die Bourgeoisie ihre Maßnahmen zur Durchführung der faschistischen Arbeitsdienstpflicht und der Militarisierung der Jugend noch zu steigern, um die Jugend in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Schulentlassene! Schaut nach der Sowjetunion, wo jeder, der die Schule verläßt, werden kann, was er will! Dort sind die Arbeiter Herren des Landes und die Arbeiterkinder werden in den Schulen zu Baumeistern des Sozialismus, zu hochqualifizierten Arbeitern, Technikern und Ingenieuren vorbereitet.

Kämpft mit dem Kommunistischen Jugendverband gegen den imperialistischen Krieg! **Organisiert die Massenverbreitung unter den Schulentlassenen für den Komsomol**, zur Einreihung der **Jungproletarier in die rote Klassenfront für ein freies sozialistisches Deutschland, das allen Jungwerktätigen Arbeit, Brot und Freiheit gibt!**

Die Kirche fordert Dissidentensteuer

Neue Pläne der Reaktion . Kirchenaustritt soll durch neue Steuer bestraft werden . Antwortet durch Massenaustritt aus der Kirche und Massenmobilisierung gegen Kulturreaktion!

Die Kirchenblätter aller Kirchgemeinden sind in der letzten Zeit angefüllt von Klagen über den geringen Kirchenbesuch — die Stadt Wurzen hatte z. B. am 25. Dezember bei 15 000 Einwohnern nur 320 Besucher. Außerdem klagt die gesamte Kirchenpresse jämmerlich darüber, wie sehr die religiöse Verbundenheit der Kirchenmitglieder nachläßt.

Das Coldizer Kirchenblättchen vom August 1931 schreibt z. B.:

„Es kann kein Zweifel darüber sein, daß der Gottesglaube in unserem Volk in weiten Kreisen zusammengebrochen ist."

Die Kirchenaustritte nahmen allenthalben zu. So sind sie in Berlin im Jahre

1930 auf 50 255 gestiegen
gegen 27 621 im Jahre 1925.

In **Thüringen** stieg die Kirchenaustrittsziffer
1930 auf 28 000
gegenüber 14 000 im Jahre 1929.

In **Sachsen** sind im Jahre
1930 28 556 gegen
24 214 im Jahre 1929 ausgetreten.

Allein in den Jahren 1925 bis 1930 haben 185 000 Personen die Kirche verlassen.

Es ist Gefahr im Verzug für die Einkünfte der Kirche!

Wenn auch heuchlerisches Winterhilfsgerede hier und da einen armen Proleten in der Not wieder zur Kirche zurückruft, die Zahl der Kirchensteuerzahler nimmt doch erheblich ab.

Die hohen Gehälter der Geistlichen von 8 bis 12 Tausend Mark und ihr schönes Leben müssen ja aus den Taschen der armen Kirchengläubigen finanziert werden.

Immer mehr wächst die Empörung in den breiten Massen, daß in einer Zeit, wo die Not und das Elend der Erwerbslosen wahrhaft um Hilfe schreit, die Kirche in ganz Deutschland etwa 300 Millionen Mark Zuschüsse aus den angeblich leeren Staatskassen geschenkt erhält.

Die Empörung darüber, daß z. B. die sächsische Kirche im Dezember n. J. vom sächsischen Staat, der kaum mehr seine Beamten bezahlen kann, 400 000 Mark Darlehn hat bewilligen lassen, ist unter der sächsischen Arbeiterschaft ungeheuer.

Die Abkehr von der Kirche wächst

So berichtet eine bürgerliche Zeitung, daß am Amtsgericht Berlin Mitte in den letzten Tagen des Dezembers sich Tausende zum Kirchenaustritt geradezu gedrängt haben. Bei Austritt bis 31. Dezember hört nämlich die Kirchensteuerpflicht am 31. März des folgenden Jahres auf.

Was ist da zu tun? Die Herren Pastoren und die Kirchenfreunde zerbrechen sich die Köpfe darüber, wie sie den Abstrom von der Kirche aufhalten können.

„Kampf den Gottlosen", tönt es aus jeder Predigt, in zahllosen Laienvorträgen und der bürgerlichen Presse. „Kampf **der gottlosen Sowjetunion und dem Kulturbolschewismus**", ist der Leitsatz der gesamten Reaktion. „Her mit Polizei, Notverordnung und Zensur" heißt es, um die proletarischen Massen zum Schweigen zu bringen, die die Kirche als Werkzeug zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung entlarven.

Die kapitalistische Haltung der Kirche in Antigottlosenbewegung **und in Sowjethetze** ist dialektisch ins Gegenteil umgeschlagen. Man muß also wiederum den ja immer hilfsbereiten Staat heranziehen und einen Weg suchen, um die Schäfchen von der Kirche **von der Kirche abzuhalten.**

Das feine Plänchen enthüllt sich immer mehr:

1. Das Steuerinstitut der Leipziger Handelshochschule gab eine Festschrift heraus, in der auf Seite 81 Klipp und klar gesagt wird, daß die aus der Kirche Ausgetretenen zu einer besonderen Steuer herangezogen werden müßten: der **sogenannten Dissidentensteuer.**

2. Die Leipziger Neuesten Nachrichten ergreifen die Gelegenheit in einem Eingesandt zu fordern, daß diese Dissidentensteuer in der gleichen Höhe, wie die Kirchensteuer erhoben werden müsse.

3. Der Deutsche Städtetag wird aufgefordert, zu der Frage Stellung zu nehmen.

4. und 5. Brüning wird das Weitere tun.

Was sagen die Dissidenten dazu?

Sollen die Dissidenten, die ja sowieso zur Finanzierung der Kirche in Form der allgemeinen Steuern, aus denen die Millionenzuschüsse an die Kirche genommen werden, herangezogen werden, nun noch einmal dafür besteuert werden, daß sie aus der Kirche ausgetreten sind?

Will die Arbeiterschaft es dulden, daß die Kirche für ihre ungeheuren Unterstützung, die sie schon jetzt vom kapitalistischen Staate erfährt, noch eine neue dazu bekommt?

Die einzige Antwort auf die fein gesponnenen Pläne ist die Entfesselung eines Proteststurmes, der sofortige Rückzug **aus der Kirche, die Stärkung der revolutionären Arbeiterbewegung und der entschlossene Kampf gegen die gesamte Kirchen- und Kulturreaktion.**

Wir kämpfen
für die restlose Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule;
für die Enteignung des Kirchenvermögens und Kirchenbesitzes für die Opfer des kapitalistischen Systems;
für die Aufteilung des Grundbesitzes der Kirche und Zuteilung an landarme Bauern;
für die Durchführung dieser Forderungen in einem freien sozialistischen Deutschland!
Auf zur roten Einheitsfront gegen die Kulturreaktion!

Flüsterische Sonnenzeitung
Ein neuer Kämpfer
gegen die Grüne Front der Junker und Pfaffen
10 Pf.
Mutig, klar, aktuell, interessant. Reich illustriert. Unterhaltend und belehrend. Von Bauern für die Bauernschaft geschrieben. Erscheint alle 14 Tage.

Rote-Hilfe-Vormarsch auf dem Lande

Pirna. Unter dem Thema: „Arbeiter, Bauern, Soldaten hinter Gittern" veranstaltete die Rote Hilfe eine große Versammlungskampagne in ganz Deutschland, dem Lande der weißen Justiz. Im Instruktorgebiet Pirna ist im Gegensatz zu anderen Gebieten, außer Struppen, die Rote Hilfe auf dem Lande überhaupt nicht verankert. Zum ersten Male versuchte deshalb die Rote Hilfe Pirna mit vereinten Kräften auch das Land für die Unterstützung der politischen Gefangenen und der Opfer des faschistischen Terrors zu gewinnen. In Dohna, Lohmen, Stadt Wehlen, Großcotta, Mühlsdorf, Prazschwitz, Dürrröhrsdorf, Liebethal, Rottwerndorf fanden überall Versammlungen mit Lichtbildervorträgen statt. In allen Versammlungen wurde zum erstenmal in breiten Ausführungen zu dem Wüten der Klassenjustiz in Deutschland Stellung genommen und die Verankerung der Roten Hilfe auf dem Lande, das jetzt im stärkeren Maße ebenfalls am Klassenkampf beteiligt ist, besonders in den Vordergrund gerückt. **Es gelang 34 Neuaufnahmen in diesen Versammlungen zu machen und in Stadt Wehlen eine Ortsgruppe der Roten Hilfe zu gründen.** Ganz besonders rege zeigte sich in dieser Versammlungskampagne die Rote-Hilfe-Jugend Pirna, die erst vor kurzer Zeit gegründet wurde. Es gelang ihr über insgesamt 200 Broschüren zu verkaufen.

Dieser erste größere Vorstoß auf dem Lande hat gezeigt, daß es möglich ist, auch die Landbevölkerung in größerem Maße als bisher für die Rote Hilfe zu gewinnen. Alle Hemmungen, die bisher bestanden, müssen jetzt überwunden werden. **In Zukunft** werden überall dort, wo kleine Erfolge errungen worden sind, im laufenden Jahr weiter Versammlungen durchgeführt werden müssen. Jetzt nicht locker lassen, ist die Parole. **Immer größere Anforderungen werden gerade jetzt an die Rote Hilfe gestellt, immer mehr Frauen fallen dem § 218 zum Opfer. Verstärkte Arbeit und Unterstützung der Roten Hilfe ist darum jetzt dringendstes Gebot der Stunde!**

Jeder klassenbewußte Arbeiter und Arbeiterin muß heute Mitglied der Roten Hilfe sein! Rote Hilfe ist Solidarität und stärkste Unterstützung des Befreiungskampfes aller Arbeiter. Auch das Landproletariat hat dies erkannt und trotz bitterster Not in allen Versammlungen sein Scherflein gegeben. Außer Eintrittsgeldern wurden noch 15,45 Mark für die Gefangenen gegeben. Darum nochmals, jeder ein Roter Helfer, jeder ein Mitglied der Roten Hilfe!

Wir machen hier bereits darauf aufmerksam, daß für alle Mitglieder der Roten Hilfe und alle korporativ angeschlossenen Organisationen in Pirna am 3. April im Erbgericht Copitz eine geschlossene Veranstaltung stattfindet. Mitgliedsbücher mitbringen!

„Der Triumph des Sozialismus"

Das ist der Titel einer Broschüre, die, 40 Seiten umfassend, in kurzen Zügen das Ergebnis des ersten Fünfjahrplanes zeigt und die Zielsetzung des zweiten Fünfjahrplanes dem Leser vor Augen führt.

„Sozialismus schafft Wohlstand für alle!"

Das ist der Titel einer weiteren Broschüre, in der in sachlicher Form das Leben der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern und das Leben der Arbeiter im sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat, Sowjetrußland, gegenübergestellt wird.

Beide Broschüren kosten je nur 10 Pfennig. Kein Arbeiter sollte versäumen, sich diese zu verschaffen. Zu erhalten bei allen Vertrauensleuten und in der Leitstelle, Rosenstraße 76.